

blickpunkt

Nr. 269
Mai 1993

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Selbstbedienungsladen

Die Krauses sind überall

Es vergeht kaum ein Tag, da nicht ein neuer Fall von skrupelloser Selbstbedienung durch Politiker bekannt wird. Ein Beispiel für die abgezockte Republik liefert der ehemalige niedersächsische CDU-Ministerpräsident, Ernst Albrecht.

Vor wenigen Wochen wurde Albrecht Besitzer der "Eisen- und Hüttenwerke Thale AG". Die Treuhand verkaufte den ehemaligen DDR-Betrieb dem niedersächsischen CDU-Mann für den symbolischen Preis von einer Mark. Zu dem Betrieb gehörte das Kinderferienheim Günthersberge, das die Treuhand eigentlich dem Land Sachsen-Anhalt versprochen hatte. Aber Albrecht erhielt auch das Kinderferienheim, es war im Kaufpreis von einer Mark mitenthalten!

Nun hat Herr Albrecht, eben dieses Heim, für viereinhalb Millionen DM an die Treuhand zurückverkauft, und die hat gezahlt! Die Treuhand-Chefin, Frau Breuel, war einst Finanzministerin im Kabinett Albrecht. Auf diesen Zusammenhang angesprochen und auf die Frage, ob hier nicht ein Fall von Wirtschaftskriminalität vorliege und der Staatsanwalt eingreifen müsse, erklärte Herr Schöneich vom Vorstand der Treuhand: "Ich wüßte nicht, warum. Nein, man kann zwar an allen möglichen Dingen Anstoß nehmen, aber strafrechtlich ist das völlig ohne Belang."

So lief es auch bei Krause und bei allen anderen unappetitlichen Affären z. B. bei der bayerischen CSU-Mafia um Streibl, Waigel, Stoiber und Co. -

alles "strafrechtlich ohne Belang". Alle betroffenen Minister und Politiker bleiben in Amt und Würden. Mehr noch, sie lassen das Volk bezahlen, kochen selber ab und reden vom "Solidar-Pakt"! Da nutzen die Metallbosse die Not der Arbeiter im Osten aus, die Massenarbeitslosigkeit und die Furcht um den Erhalt des Arbeitsplatzes bei den noch Beschäftigten, um die vierzigjährige Tarifautonomie außer Kraft zu setzen und die Gewerkschaften zu kraft- und rechtlosen Verbänden zu minimieren - und die Regierung in Bonn toleriert den Unternehmerputsch. Mehr noch, die führenden Politiker bereichern sich persönlich an dem systematischen sozialen Abbruchunternehmen, siehe Ernst Albrecht und die vielen anderen auf allen Ebenen der Politik.

Wer ist wer?

Es gibt Leute, die kommen mit den Namen durcheinander. Wer hat denn nun eigentlich gar nichts getan und warum?

Deshalb leisten wir erste Hilfe:

Prof. Günter Krause ist der, der "völlig berechtigt" Mittel des Arbeitsamtes in Anspruch genommen hat, um eine Haushaltshilfe zu bezahlen.

Max Streibl ist der, der Freunde mit Flugzeugen und Haziendas in Brasilien

(Fortsetzung nächste Seite)

Diskussionen bei der hiesigen SPD. "Was da oben in Bonn läuft ist unter aller Würde", sagt einer. Stimmt. Leider "läuft's" auch in anderen Ecken. Bürgermeister, Stadträte, Bauamtsleiter gibt es nicht nur in Rathäusern - sie sind auch in Gefängnissen anzutreffen.

Nun kommen die "Einschüsse" näher! Gekracht hat's schon in Bensheim, in Bischofsheim, in Biebesheim. Der dortige Bürgermeister ließ sich Privatflüge nach Miami bezahlen - jetzt "bedauert" er. Andere fliegen auch gern - "bedauert" wurde noch nicht - da gibt es halt Sensibilitätsunterschiede.

Wie auch immer, nach den Wahlen wird allgemein gejammert, wenn die Leute nicht mehr wählen gehen oder Denkmäler verteilen. Dann heißt es z.B.: "Die SPD muß an Profil gewinnen, der Eindruck der Austauschbarkeit mit anderen Parteien darf nicht entstehen." Dabei ist es gerade die Austauschbarkeit, die ins Auge sticht. Die Krauses sind überall. Und die Rechtfertigungsreden sind auch fast überall gleich.

Natürlich kann es "rechtens" sein, wenn in Wiesbaden für Millionen Eichels Dienstvilla poliert wird, oder die Wohnung der Heide Pfarr für 50 000 in Schuß gebracht wird.

Natürlich kann auch "mit rechten Dingen zugehen", Wenn ein hochdotierter Stadtrat 23 000 Mark Darlehen für ein neues Auto kriegt.

Die Frage nach dem politischen Instinkt muß trotzdem gestellt werden - vor allem in einer Zeit in der die "kleinen Leute" überall geschröpft werden.

rh

(Fortsetzung von Seite 1)

en hat, was sich urlaubsmäßig für ihn sehr günstig auswirkt, der zudem seine Fachkenntnisse ehrenamtlich für Tests von Fernsehantennen und teuren Motorrädern zur Verfügung stellt und unbestechlich ist.

Theo Waigel ist der, der einen Millionenschwindel eines Fleischkonzerns im Allgäu nicht der gerichtlichen Verfolgung entzog, weil das Zollbeamte in seinem Finanzministerium gemacht haben.

Edmund Stoiber ist der, der sich Urlaubsflüge aufdrängen ließ, weil er als Politiker so ehrlich wie Beamte nicht sein muß.

Ernst Albrecht ist der, der aus einer Mark dank Treuhand vier Millionen machte, und dabei doch nur die bestehenden "rechtlichen" Möglichkeiten nutzte.

Jürgen Möllemann war der - nur der Vollständigkeit halber-, dem fremde Leute seine Briefe unterschrieben, mit denen seine Verwandten geschäftlich gefördert werden sollten.

Oskar Lafontaine -aber wirklich nur der Vollständigkeit halber- ist u. a. der, der nicht wußte, welche Ruhestandsbezüge er erhielt, weil schließlich nicht jeder alles von seinem eigenen Konto wissen kann.

Lothar Späth war ganz früher der, der als Ministerpräsident immerzu die Interessen seines Landes vertrat, der außerdem gern hochseeschiffte und sich dazu einladen ließ, ausschließlich um sich ungestört mit Industriellen zu unterhalten.

Müller, Schulze, Maier sind übrigens die, bei denen gerade untersucht wird, ob sie zuviel Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe bezogen haben. Auch nur der Vollständigkeit halber.

Nichts kapiert?

Da verhandeln die örtlichen Sozialdemokraten und die Grünen nun schon seit Wochen über eine mögliche Koalition, aber es ist bisher kaum etwas herausgekommen. Es gibt endlosen Streit, Postengerangel, aufgeblasene Presseerklärungen. Viele Bürgerinnen und Bürger schütteln nur noch den Kopf. Beide Parteien haben wohl die Signale der Hessenwahl nicht verstanden. Die NichtwählerInnen sind zahlenmäßig die stärkste Partei in Hessen geworden. Am Wahlabend überall kritische Töne. Die Enttäuschung war groß, Entsetzen über das Abschneiden der rechtsradikalen Parteien und Besorgnis über die Politikverdrossenheit allenthalben. Gerade aber die Politikverdrossenheit wird auch bei uns noch zunehmen, wenn die Verhandlungen kein Ende finden, wichtige Kommunalarbeit liegen bleibt und die gegenseitigen öffentlichen Schuldzuweisungen die Menschen anöden. Wie verhalten sich die möglichen Koalitionspartner in Mörfelden-Walldorf? Hier geht es gegenwärtig scheinbar nur um die Aufteilung der "Machtverhältnisse". Von seiten der Grünen wird gesagt, daß Inhalte nur wirkungsvoll

durchgeführt werden können, wenn vorab Personalfragen geklärt sind. Das hat sicherlich für einen Teil der Politik seine Berechtigung. Aber auch bei einer "Regierungsbeteiligung" entstehen sogenannte Sachzwänge und sehr schnell gibt es dann wieder grüne Entschuldigungen für unmögliche Parlamentsentscheidungen. Die SPD hat sich in Mörfelden-Walldorf zu einer reinen Verwaltungspartei entwickelt. Schwerfällig klebt man an Ämtern, kreative Planung und Umsetzung von Politik sieht man selten. Dabei gibt viele örtliche Probleme zu lösen, Verkehr, Siedlungsdruck, innerstädtische Entwicklung, Versorgung mit Kindergarten- und Hortplätzen. Nur, das läßt sich nicht alleine parlamentarisch lösen. Die Grünen sind aber offenbar wieder einmal dabei die Möglichkeiten der Parlamentsarbeit zu überschätzen. Gerade bei den Grünen hatte die außerparlamentarische Arbeit einen hohen Stellenwert. Alles vergessen? Helga Fritz

UZ

Zeitung
der DKP

Probexemplare bestellen!
Hoffnungstraße 18, 4300 Essen 1



Ostermarsch 1993. Der Römerberg hatte schon mehr Menschen gesehen. Trotzdem, es war notwendig, daß die Friedensbewegung gegen die internationalen Einsätze der Bundeswehr auftrat.

In Bonn kommentierte ein anderer die traditionellen Ostermarschierer: "Wenn ich mir die Erbärmlichkeit der diesjährigen Ostermarschierer vor Augen halte - etwas Schabigeres hat es seit langem nicht gegeben" so Wolfgang Schäuble, Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion in der Bundestagsdebatte über die Bundeswehreinsetze. Ein schäbiger Satz von einem schäbigen Vorsitzenden.

**Immer dran
denken:
Jede Spende hilft dem
»blickpunkt«!**

Industrieansiedlung um jeden Preis ? Noch mehr Lkw-Verkehr ?

als positive Entwicklung und Brehl meint "da fahren doch jetzt weniger Fahrzeuge als vorher". Umweltstadtrat Treber plappert die Worte der Firma Wagner nach "die Fahrzeuge fahren doch nur morgens früh und nachmittags und da nur zum Teil durch unsere Straßen". Vorndran meinte "es gab viele Bewerber, das hätte doch noch schlimmer kommen können - wollt ihr vielleicht einen Hubschrauber-Landeplatz?"

Jahrzehntelang mußten die Anwohner der Langener-, Groß-Gerauer- und Rüsselsheimer Straße sowie des Gärtnerweges zu dem überaus starken Straßenverkehr (täglich 15.000 Autos) noch die Müllfahrzeuge aus dem gesamten Kreis, die zur Mülldeponie führen, hinnehmen. Alle atmeten auf, als die Deponie geschlossen wurde. Nun sorgt ein Müllentsorgungs- und Recyclingunternehmen, das sich auf dem ehemaligen Betriebsgelände des Kiesunternehmers Mitteldorf angesiedelt hat, für Schlagzeilen. Die Bürger haben wieder mehr Straßenlärm und die Naturschutzverbände sprechen von einem Affront. Letztere meinen, daß dort, in einem sich entwickelnden Naturschutz- und Erholungsgebiet, ein solches Unternehmen nicht hingehöre. Hierüber sollte nachgedacht werden, auch im Rathaus. Ja es sollte auch erlaubt sein, über die sogenannten Sachzwänge hinauszudenken, Bestandsschutz hin - Bestandsschutz her.

Betriebe, ob Mitteldorf-Nachfolger Wagner, das Kalksandsteinwerk oder Andere gehören nicht mitten in Waldgebiete - ebensowenig wie weitere Kiesgruben. Es müßte also längerfristig auf eine Rückführung solcher Flächen und auf eine Wiederaufforstung hingearbeitet werden.

Was sagt dazu unsere drei Hauptamtlichen, ja Hauptverantwortlichen, nachdem der Wagner-Geschäftsführer von guter Zusammenarbeit mit ihnen sprach? Sie bezeichnen die Ansiedlung

Was sagt dazu unsere drei Hauptamtlichen, ja Hauptverantwortlichen, nachdem der Wagner-Geschäftsführer von guter Zusammenarbeit mit ihnen sprach? Sie bezeichnen die Ansiedlung

Angesichts immer größerer Aufgaben in den Städten und Gemeinden und der dünner werdenden Finanzdecke wird oft Industrieansiedlung um jeden Preis betrieben. Bereits vorhandene Betriebe mit großem Lkw-Fuhrpark wie Aldi oder Nürnberger Bund und auch die Großdruckerei sowie die vielen Speditionen belasten die Straßen unserer Stadt und somit die Bürger schon über Gebühr.

Heinz Hechler



Müllfahrzeuge der neu angesiedelten Firma belasten, wie auf unserem Bild zu sehen, zusätzlich die Rüsselsheimer Straße.

Reduzierter Service

Die Post ist auf Privatisierungskurs und das ist - so müßte man meinen - für die Kunden von Vorteil. Denn jedermann weiß doch, daß Privatunternehmen besser funktionieren als staatliche Monopolbetriebe. So heißt es jedenfalls.

Die Dreiteilung der Post, der erste Schritt zur Umwandlung in Aktiengesellschaften, ist vollzogen und trägt

bereits Früchte. Warum sind das leider nur faule Früchte? Neben der Existenzangst, der unsicheren Zukunft der Beschäftigten, gibt es die ersten Rationalisierungen. Z. B. wurden vier Briefkästen (zwei in Mörfelden und zwei in Walldorf) abgebaut. Mit diesen unpopulären Rationalisierungen werden einzelne Postbereiche "rentabel" gemacht, um dann die Privatisierung zu vollziehen. Und das soll alles Fortschritt sein? Jedenfalls werden die

Arbeitsbedingungen der Beschäftigten der Post schlechter, das Serviceangebot für die Kunden wird geringer und teurer wird es auch. rd

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

**Unser Konto: Kreissparkasse GG,
Konto-Nr. 9003419,
BLZ 50852553**

H HOECHST

In den letzten Wochen war es offenbar ruhig bei Hoechst. Trotzdem darf jetzt keine Friedhofsruhe eintreten. Ein toter Kollege und ein schwerverletzter, ein verseuchtes Wohngebiet und ein Alarm nach dem anderen - was ist los bei Hoechst? Von Mörfelden-Walldorf aus gesehen liegt der Chemieriese noch immer hinter dem Flughafen, aber trotzdem wir sind Anlieger! Wenn die Giftmischung beim nächsten Crash stimmt und der richtige Wind bläst, sind auch wir reif zur Evakuierung.

Der "blickpunkt" hat sich in den vergangenen Jahren schon oft mit Hoechst befaßt. Damals war der CDU-Fraktionsvorsitzende unserer Stadt noch der jüngste Direktor des Konzerns und hatte die Aufgabe mit der Zeitung "Blick auf Hoechst" das Umland zu beruhigen. Ganz hat das wohl nie funktioniert. Und das ist gut so. Auch beim Thema Hoechst stimmt der Satz: "Unruhe ist die erste Bürgerpflicht".

Ein Hoechst-Kollege schickte dem "blickpunkt" einen Beitrag, aus dem wir nachfolgende Passagen abdrucken.

»Die "statistische Häufung" sei "schicksalhaft" gewesen, meinte Hilger der Hoechst-Vostandsvorsitzende. Überhaupt die Medien haben die Belegschaft belastet, so Hilger vor den Aktionären, da seien "nervöse Reaktionen" der Mitarbeiter nicht auszuschließen. Wenn was passiert, dann waren es sowieso die "kleinen", das kennt man. Hilgers Posten bei der Jahreshauptversammlung am 27. April war jedenfalls nicht gefährdet. Das Scheitern Kuwait (25% Aktienbesitz) und die Banken hielten ihm die Stange.

Nach Hoechster Auskunft handelt es sich jeweils um menschliches Fehlverhalten, unvorhersehbares Zusammentreffen besonderer Umstände und so weiter. Man werde sich um Abhilfe bemühen, aber ein gewisses Restrisiko, sozusagen als Preis für Wohlstand und Fortschritt, sei eben nie völlig auszuschalten. Die öffentliche Kritik konzentriert sich auf die zögerliche, verharmlosende, vertuschende Informationspolitik des Konzerns, dessen Gehabe zu solchen Anlässen noch nie etwas anderes war als das eines "Staats im Staat" - mag der Minister nun Weimar oder Fischer heißen.

Bei näherem Hinsehen weist das Hoechster Schuldkonto aber mehr als das aus. Kennern der Branche fällt die

überproportionale Häufung der Unfälle im Sektor Farben und Farbvorprodukte auf - im traditionellen und namensgebenden Teil der "Farbwerke". Sein Beispiel ist lehrreich. Die Gewinne in diesem Sektor haben unter der seit eineinhalb Jahren abflauenden Chemiekonjunktur schwer gelitten, wodurch Mängel und Rückständigkeiten im Produktionsapparat schlagartig sichtbar wurden, die dank jahrelanger Konjunktur bis dahin profitabel mitgeschleppt werden konnten.

Milliarden verschoben

In den Jahren der Konjunktur war trotz kräftiger Gewinne nicht mehr als das nötigste repariert worden, hatte mancher Meister und Betriebsleiter resigniert seine Verbesserungsvorschläge beiseitegelegt, die aus "Kostengründen" abgelehnt wurden. Währenddessen wurden Milliarden ins Ausland verschoben, etwa zum Aufkauf der amerikanischen Celanese Corporation. Ohne jede Phantasie, aber nicht ohne Konsequenz, reagierte der Vorstand dann auf den Gewinneinbruch mit der Stilllegung einer Reihe von Betrieben. Fadenscheinige Entschuldigungen wurden nachgereicht, so die von der

Billiglohn-Konkurrenz aus Fernost und den drückenden Umweltschutzauflagen. Nun setzt sich kapitalistischer Fortschritt bekanntlich über den Erfolg des einen und die Pleite des anderen Unternehmens durch. Aber gerade ein Blick auf die westeuropäische Konkurrenz, die auch in der aktuellen "Flaute" noch gute Geschäfte macht, widerlegt die Ausflüchte des Hoechster Managements.

Nicht nur Arbeitsplätze, auch Sicherheit und Umweltschutz leiden unter dem Verfall des Farben-Sektors in Hoechst. Dem Kalk, der sich - bei unverminderter Überheblichkeit - in den Entscheidungswegen der Management-Etage ablagerte, entsprechen die Kristalle in den Rohrleitungen der Oleum-Verarbeitung, die am Ende die jüngste Giftwolke über der Fabrik auslösten.

Nicht nur Alter und Trägheit untergraben die Anlagensicherheit. Im Mowiolbetrieb, dessen Explosion einen Kollegen das Leben kostete, taugte auch das Sicherheitskonzept nicht. Die Hilflosigkeit in der Erklärung des Managements gegenüber dem Betriebsrat spricht für sich:

"... Bekannt ist, daß eine Explosion nur dann stattfindet, wenn ein brennbares Gemisch, Sauerstoff und eine

Zündquelle vorhanden sind. Die Anlage im Mowiol-Betrieb ist so aufgebaut, daß eine Zündquelle eigentlich nicht entstehen kann. . . . In der anschließenden Diskussion stellten Dr. Friedrich und Dr. Jochum klar, daß Vergleichbares bei anderen Förderbändern im Werk Hoechst nicht geschehen kann. Die Sicherheitsüberwachung überprüft zur Zeit Produktionsanlagen, um definitiv festzustellen, ob es noch in anderen Betrieben Anlagen gibt, deren Sicherheitskonzept nur auf der Vermeidung einer Zündquelle beruht.“
 (“Der Betriebsrat informiert”, 29.03.1993)

Zu deutsch: Eigentlich konnte es nicht passieren. Es ist aber doch passiert. Es kann aber nicht noch einmal passieren. Deshalb überprüfen wir jetzt, ob es noch einmal passieren kann.

In Griesheim hatte schon vor Jahren nach einem vergleichbaren Unfall der Betriebsrat Emanuel Schaaf eine technische Kopplung von Rührwerk und Vorprodukt-Zufuhr gefordert, die der Firma das Hochgehen des Ansatzes und den Anwohnern die Vergiftung ihrer Gärten erspart hätte. Statt den Vorschlag zu belohnen und die entsprechende Vorrichtung sofort nachzurüsten, zog Hoechst es jedoch vor, den Betriebsrat durch fristlose Kündigung ruhigzustellen - inzwischen zum dritten Mal und mit sinkendem Erfolg. Daß ein Geschäftsbereich, dessen Produktionsapparat und -technologie über zehn bis fünfzehn Jahre eingefroren und nur in dringenden Fällen repariert oder erneuert wird, ökonomisch konkurrenzunfähig und sicherheitstechnisch brisant ist, liegt wohl auf der Hand. Wie aber ist die lawinenartige Häufung der Unfälle in den wenigen Wochen dieses Frühjahrs zu erklären? Wohl nur so, daß unter der Hoechster Politik des Absahnens und Verschleißens auch und vor allem die Menschen gelitten haben. Durch Arbeitsplatzabbau, Betriebs-schließungen und Vorruehstand verlor die Produktion viele erfahrene Fachleute, andere wurden von ihren angestammten Arbeitsplätzen weg versetzt. Eine völlig neue Erfahrung für den “Fabriker” ist es, um seinen Arbeitsplatz bangen zu müssen. Das von Winnacker und Bouillon im wohlverstandenen Kapitalinteresse geschaffene “sozialpartnerschaftliche” Klima wird von ihren Nachfolgern im Vorstand angesichts der Internationalisierung

und Ver“Bank”ung des Konzerns zerstört. An die Stelle früherer Streicheleinheiten treten hemmungslose Schmä-hungen:

Hoechst-Chef Hilger sieht sich in einem weiteren Dilemma, das er mit erstaunlicher Deutlichkeit beschreibt: Viele seiner Mitarbeiter seine “gut gepolsterte Vermögensmillionäre, die es sich aufgrund ihres Immobilienbesitzes erlauben können, das Gehalt von Hoechst nur als angenehmes Zubrot zu betrachten, das Anspruch auf Krankenschein und Urlaub garantiert”. Und ob so vermögende Chemiearbeiter für Fragen der Betriebssicherheit zusätzlich sensibilisiert werden können, scheint ihm mehr als fraglich, sagt der Hoechst-Chef.

(Rheinischer Merkur, 02.04.1993)

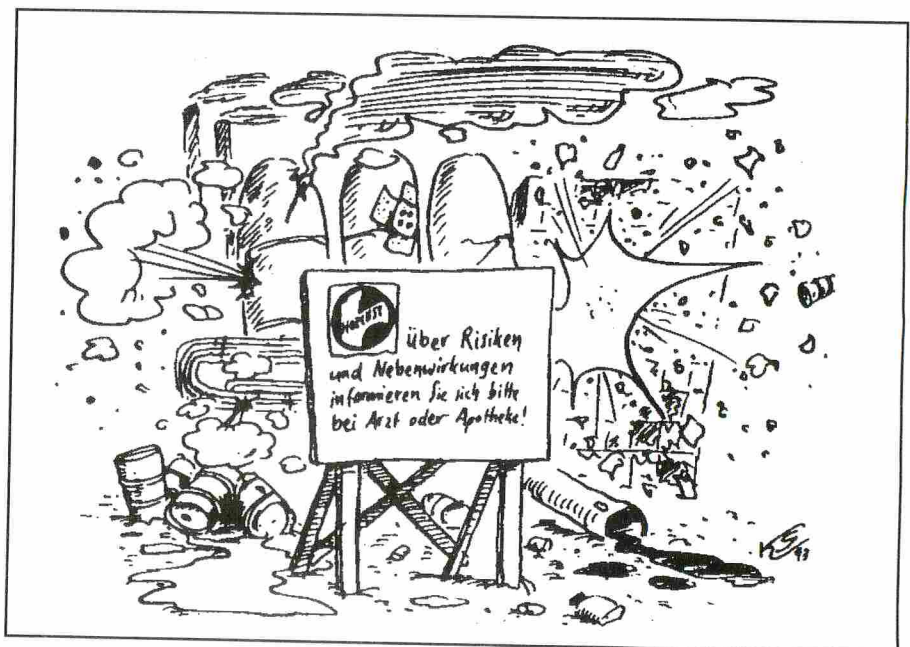
Wann es in einem alten, teilweise verrottenden Produktionsapparat zum ersten Mal knallt, ist nur eine Frage der Zeit. In einem Klima der Unsicherheit, Angst, Pression und Frustration kann der Unfall in anderen Betrieben auch nur neue Unsicherheit und Nervosität hervorrufen und so möglicherweise den nächsten Schaden auslösen. Das übrige erledigt dann König Zufall. Nach dem Gesichtsverlust in Sachen Sicherheit wird der Hoechst-Vorstand nicht lange mit neuen Stilllegungsplänen auf sich warten lassen, um gleichsam im Windschatten der Unfallserie und der öffentlichen Reaktionen weiteren Arbeitsplatzabbau durchziehen zu können. Aber die Hoffnung ist nicht unbegründet, daß sich soziale und ökologische Interessenvertretung im Druck

auf die Firmenspitze addieren könnten, statt sich gegenseitig aufzuheben.

Forderungen, die bei Hoechst durchgesetzt werden müssen:

- **Ausreichende Schichtbesetzungen, Stopp des Personalabbaus bei Hoechst**
- **Jeder darf, auch öffentlich, auf Sicherheitsmängel aufmerksam machen, Schutz vor Disziplinierung**
- **Offenlegung aller verarbeiteten Produkte, Kontrollmöglichkeiten für Bürgerinitiativen, Umweltschutzorganisationen, Gewerkschaft.**
- **Mitbestimmung bei Investitionen, Stopp des Kapitalexports und des Aufkaufs von Firmen in anderen Ländern.«**

Viele Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sehen die Farbwerke Hoechst AG nach der Unfallserie mit anderen Augen. Mörfelden-Walldorf ist nicht nur Anlieger des Molochs Flughafen, wir sind auch eine "Farbwerke-Anlieger-Kommune". Alle Anlieger-Gemeinden müssen bei künftigen Störfällen sofort gewarnt werden. Die Fraktion der DKP/Offenen Liste wird dieses Thema demnächst im Stadtparlament ansprechen.



Kindergarten- und -hortplätze fehlen DKP/Offene Liste fordert Sofortmaßnahmen

In der ersten Stadtverordnetenversammlung nach der Wahl, stand ein Dringlichkeitsantrag der DKP/OL auf der Tagesordnung, der fehlende Kindergarten- und -hortplätze zum Inhalt hatte. Die drei anderen Parteien hatten dazu Änderungsanträge eingebracht, so daß ein gemeinsamer Antrag daraus wurde. Danach soll bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordneten ein aktueller Sachstandsbericht von der Verwaltung vorgelegt werden. Außerdem soll die Facharbeitsgruppe "Kinder in unserer Stadt" zur Beratung zusammentreffen. Übergangslösungen, die rasch realisierbar sind, sollen gefunden werden.

Das Problem fehlender Kindergarten- und -hortplätze ist von allen Parteien jetzt endlich erkannt worden. Hatte es doch noch vor gut einem Jahr auf eine Anfrage der DKP-Fraktion geheißen, daß genügend Plätze vorhanden seien und die Einrichtung der "Betreuten Grundschule" und die Aufstockung eines Walldorfer Kindergartens für Hortkinder das Problem lösten. Die Schließung des bestehenden Kinderhorts in der Walldorfer Langstraße nach Bezug des Neubaus war schon anvisiert. Zudem würde im neuen Wohngebiet "Passage/Lange Äcker" ein Kindergarten/-hort geplant.

Durch das neue Gesetz, wonach in Zukunft alle Dreijährigen einen Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben, ist die Problematik dringlich. So konnte man jüngst der Zeitung entnehmen, daß nicht einmal alle Vierjährigen in den Kindergarten aufgenommen werden könnten. Genaue Zahlen wird es wohl erst im Juni geben, wenn klar ist, wieviel Kinder eingeschult werden. Doch heute weiß man, daß ein Mangel besteht. Die Frage ist nur, wieviel Plätze fehlen im nächsten Kindergartenjahr.

Die Betreute Grundschule, die im letzten Jahr an je einer Schule in den beiden Stadtteilen eingeführt wurde, ist auch nicht die Lösung für die Hortkinder. Die Betreute Schule schließt nämlich schon um 13 oder 14 Uhr. Für Eltern/Alleinerziehende, die ganztags arbeiten, gilt es, einige Stunden zu überbrücken. Auch gibt es in dieser Schule kein Mittagessen.

Und Eltern, deren Kinder in den Grundschulen eingeschult werden, an denen sogar dieses Angebot fehlt, stehen völlig daneben. Dringender Bedarf ist also nicht zu übersehen. Der Bürgermeister hat für Ende Mai einen "Zwischenbericht" angekündigt, jedenfalls hat das Stadtparlament in dieser sehr wichtigen Frage kommunaler Sozialpolitik die Verwaltung in die Pflicht genommen und das ist gut so. Noch in diesem Jahr soll es spürbare Erweiterungen im Platzangebot von Kindergärten und -horten geben. Daß dies nicht zu Lasten der Kinder und ErzieherInnen in den bestehenden Einrichtungen gehen darf, wie es auch in

einer Erklärung der ÖTV-Vertrauensleute der Stadt Mörfelden-Walldorf heißt (siehe Kasten), dafür wird sich die Stadtverordnetenfraktion der DKP/Offene Liste einsetzen. Vom Weg zu den durchaus hohen Zielen, die sich die Stadt im Kindertagesstättenentwicklungsplan gesetzt hat, darf nicht abgewichen werden. Vor allem dürfen nicht die berechtigten Anliegen von Eltern und Kita-Personal gegeneinander ausgespielt werden. In diesem Sinn werden wir an dieser Frage weiterarbeiten. Mit dem Beschluß der konstituierenden Stadtverordnetenversammlung - die sich dank des Antrags der DKP/Offene Liste nicht nur mit sich selbst beschäftigte - ist ein erster Schritt getan. Daß er - vor allem auch im Interesse der Kinder - in die richtige Richtung geht - dafür müssen Eltern, ErzieherInnen und Kommunalpolitiker gemeinsam sorgen.

Presseerklärung der ÖTV-ErzieherInnen

Die in der ÖTV organisierten ErzieherInnen aus Mörfelden-Walldorf verfolgen die Diskussion um das Sofortprogramm zur Schaffung von Kindertagesstättenplätzen mit großem Interesse und Aufmerksamkeit. Seit Jahren wird darauf hingewiesen, daß in der Doppelstadt Kitaplätze fehlen - jetzt auf einmal sind sich alle Fraktionen einig, daß dringend etwas getan werden muß.

Darüber könnte man sich freuen.

Aber in diesem Zusammenhang wird wieder einmal alles aus den Schubladen geholt, was dort zu Recht schon am verstauben war.

Punkte wie

- Die Auslastung der ErzieherInnen am Nachmittag
- Die Freistellung der LeiterInnen von der Gruppenleitung
- Kürzung der Vorbereitungszeit
- Vergrößerung der Gruppen

werden wieder diskutiert, um mehr Plätze zu schaffen.

Es steht außer Frage, daß Kitaplätze in unserer Stadt dringend gebraucht werden.

ÖTV-ErzieherInnen sind für sachgerechte Vorschläge offen.

Deutliche Grenzen aber sind zu setzen, wenn durch Aufnahme "neuer" Kinder sich die Bedingungen der "alten" Kinder verschlechtern, da keine pädagogische Arbeit mehr geleistet werden kann.

Abgesehen davon haben in den letzten Jahren verlängerte Ausbildungszeit, schlechte Bezahlung, große Gruppen, veränderte Kindheit zu einer Verschärfung der Arbeitssituation der ErzieherInnen geführt.

Schlechte Sofortprogramme werden weder die Situation der Kinder verbessern, noch ErzieherInnen motivieren weiter in Mörfelden-Walldorf zu arbeiten oder neu anzufangen.

Vertretbare Entwicklungen mit ÖTV-ErzieherInnen: JA!

Verschlechterung der Bedingungen - mit ÖTV-ErzieherInnen: NEIN!



In Erinnerung an das Schicksal von Familie Jürges wurde damals auf Initiative der DKP-Fraktion im Stadtteil Walldorf ein "Familie-Jürges-Weg" benannt. Für dieses Schild beantragte die DKP/OL-Fraktion nun ein Erläuterungsschild auf dem Todestag und Todesursache benannt werden. Das Schild wäre ein kleines Zeichen gegen das Vergessen.

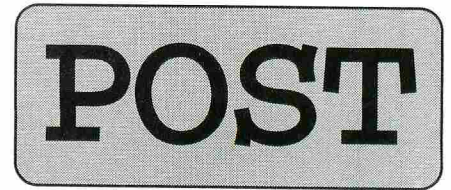
Nichts vergessen!

Während eines Schaufliegens auf der Rhein-Main-Air Base am Pfingstsonntag 22. Mai 1983, stürzt ein Starfighter ab. Wrackteile treffen vor dem Radstadion das Auto von Familie Jürges. Martin Jürges, seine Ehefrau Irmtraud, seine Mutter und seine beiden Kinder, Jan und Katharina, sind sofort tot. Die 19jährige Nichte Gesine Wagner stirbt nach 81 Tagen an ihren Brandverletzungen.

Pfarrer Martin Jürges war eine der streitbaren Persönlichkeiten in Frankfurt. Er setzte sich stets für die ein, die auf der Schattenseite der Gesellschaft leben. Gerade seine Art, Partei zu nehmen, machte den Dialog mit verschiedenen Gruppen möglich und wirksam. Er ergriff gegen jede Form der Ausländerfeindlichkeit, von Rüstung und von Mißachtung der Menschenrechte Position. Ob als evangelischer Stadtjugendpfarrer, als Vorsitzender des Frankfurter Stadtjugendrings oder als Pfarrer der Gutleutgemeinde; sein Engagement für Jugendliche, für Kinder im Bahnhofs- und Gutleutviertel und für einen Dialog zwischen den Bevölkerungsgruppen orientierte sich stets an der Sache und nie an einer parteipolitischen oder religiösen Zugehörigkeit.

Urnenwände auf den Friedhöfen

Lange in der Diskussion, jetzt Wirklichkeit. Die Rede ist von den Urnenwänden auf dem Friedhof Mörfelden. Die ersten Nischen sind bereits belegt. Etwas mächtig sehen die Betonklötze schon aus. Man darf hoffen, daß das Bild nach einer Bepflanzung mit Sträuchern harmonischer wirkt. Vielleicht könnte man auch anstatt neun Urnenkammern (3 x 3) 15 pro Element (5 x 3) einbauen lassen und eine Ablage für Blumenschmuck vor der Urnenwand vorsehen. Damit wären dann 15 statt 9 Parteien zur Aufbringung der Kosten heranzuziehen. So könnte man günstigere Gebühren erreichen. Dies sollte man jedenfalls bei der Neuaufstellung von Urnenwänden (für Walldorf sind ebenfalls welche vorgesehen) bedenken. Bis heute ist eine Überarbeitung und Beschlußfassung der Friedhofsgebührensatzung wegen der Urnenwände noch nicht geschehen, obwohl die Kosten überschlägig schon seit ca. einem halben Jahr bekannt sind. rd



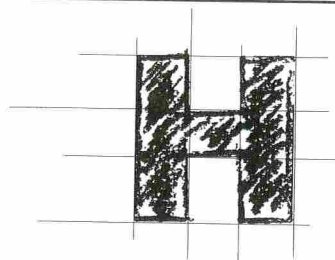
Des deutschen liebstes . . . Kind?

Daß die Geräusche spielender Kinder nicht als störender Lärm beurteilt werden dürfen, haben wohl schon viele akzeptiert. Es gibt aber Leute, die für Kinder, welche sogar im Kindergarten spielen kein Verständnis haben, da sie sich in "ihrer Ruhe" gestört fühlen! Oder welche Gründe könnte es noch geben, sich gegen spielende Kinder aufzulehnen? So geschehen im Evangelischen Kindergarten, der seit ca. 70 Jahren steht und hoffentlich noch mehr als doppelt so alt werden darf, sofern sich die "Hinzugezogenen" mit dieser Tatsache endlich abfinden. Da in Punkto "Lärm" wohl nicht viel zu holen ist, ist nun die Rutschbahn der Stein des Anstoßes. Im Zuge des Neubaus, wurde auch die Außenanlage entsprechend geändert und eine neue niedrigere Rutschbahn wurde 3 Meter weiter nach hinten verlegt. Nun glauben Nachbar's doch tatsächlich, daß unsere Drei-Käsehoch, die zwischen 3 und 6 Jahren sind, lieber in ihren Garten schauen, zumal sie dort außer dem üblichen Grün nur noch ein paar gartinenverhängte Fenster sehen, als die gerade erklommene Bahn runter zu rutschen. Es spricht leider für das Ansehen, welches mittlerweile über uns Deutsche herrscht, wie kinderfeindlich wir eigentlich sind. Aber nun mal ganz ehrlich, der Hauptlärm liegt zwischen 10 und 12 Uhr und verminderter ab ca. 14 Uhr, da viele den Kindergarten nur halbtags besuchen. Um 16.30 Uhr wird der Kindergarten geschlossen und Freitag bereits um 14.00 Uhr! Einen schöneren Nachbarn als Kinder, die unsere Zukunft sind, kann man sich eigentlich nicht vorstellen, es sei denn, man fühlt sich beim Staubwischen gestört oder gar beobachtet. Fest steht auf jeden Fall, daß sich keiner unserer europäischen Mitbürger je über eine solche Lapalie aufregen würde.

Marianne Pitino
Verein der Kinder wegen e.V.

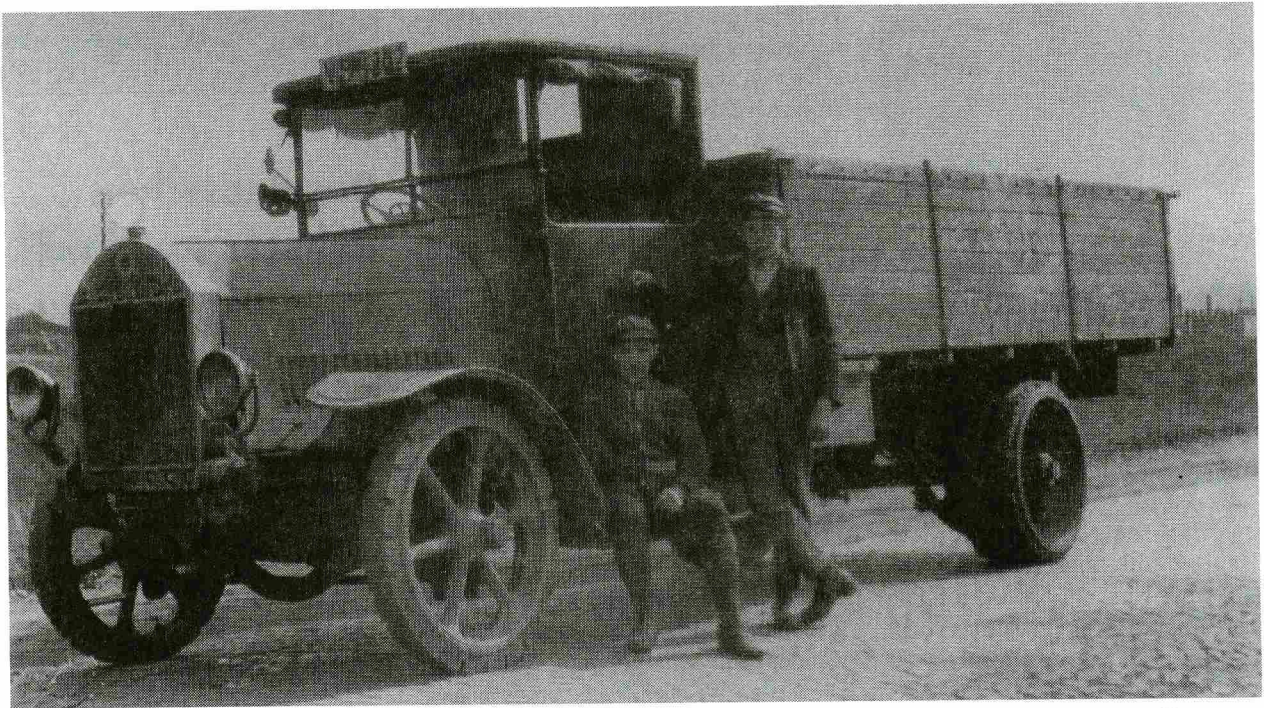
Holzbau Gerhard Hechler Zimmermeister

Dach-Um- und Ausbauten
Carports
Ausführung sämtlicher
Holzarbeiten



Van-Dyck-Straße 48
6082 Mörfelden-Walldorf
Tel. 06105/21081, 23617
Fax 06105/21081

Stadtgeschichten



Unser Bild, ca. 60-70 Jahre alt, zeigt wohl den ersten LKW, den es in der Gemeinde Mörfelden gab. Eigentümer war die Firma Klingler, ein Fuhrunternehmen und Baustoffhandel in der Langgasse. Das Fahrzeug war sicher für die damalige Zeit ein technischer Fortschritt. Früher gab es nämlich nichts dergleichen und es wurde zwei-, oder wenn die Ladung sehr schwer war auch mal vierspännig gefahren. Von nun an saßen die Pferdestärken - und zwar mehrfach - unter der Motorhaube. Trotzdem, von Raserei konnte sicher keine Rede sein, was wohl schon die Straßenverhältnisse und die Vollgummibereifung nicht zuließen. Beachtenswert ist auch, daß diese Fahrzeuge keine Seitenfenster hatten und die Öffnungen nur mit Vorhängen verschließbar waren. Interessant auch die Hupe neben dem Rückspiegel und der überdimensionierte Kettenantrieb unter dem Fahrzeug.



Auf unserem Bild sehen wir zwei, damals noch junge, bekannte Mörfelder, die schon sehr früh, ja man kann sagen in den Anfangsjahren der Automobilgeschichte, am Steuer saßen. Es sind Hans Langgut (auf dem Trittbrett sitzend) und Wilhelm Klingler.

Frauentreff

Der Verein Frauentreff hat mehrfach darauf hingewiesen, daß die Situation im Frauentreff zum Teil sehr unbefriedigend ist. Nach wie vor ist der Zugang zu den Toiletten versperrt. Bei einer Veranstaltung im März war es den Teilnehmerinnen nicht möglich gewesen, die sanitäre Anlage aufzusuchen. Der Zugang war mit schweren Gegenständen aus der Küche versperrt, die nicht so einfach beiseite geräumt werden konnten. Die eingeladene Referentin mußte auf die Toiletten in der Gaststätte ausweichen. Peinlich auch für die Veranstalterin. Zwischenzeitlich wird der kleine Flur zwischen Küche und Frauentreff auch für Küchenarbeiten benutzt. Am 30. April

(Walpurgisnacht) schälte ein Mann außerhalb der Küche Kartoffeln. Vor den Toiletten lagen zudem rostige Gegenstände herum. Bürgermeister Brehl versprach bereits im Januar, Abhilfe zu schaffen. In einem Schreiben vom 19. Januar heißt es: "Soweit es den laufenden Betrieb anbelangt und 'Kollisionen' mit dem Gaststättenbetrieb angesprochen sind, wird sich die Verwaltung in Absprache mit dem Pächter und ggf. auch durch evtl. mögliche kleine technische Lösungen um eine Verbesserung der Situation bemühen." Bisher gab es keine Lösung dieses Problems, leider hat sich die Situation weiter verschlechtert. Wahrscheinlich muß der Frauentreff doch erst das Gewerbeaufsichtsamt einschalten, um eine Verbesserung zu erreichen
H.F.

Termine

**20. Grillfest der DKP
17. Juli 1993
im Hof des
»Goldenen Apfel«**

**UZ-Pressfest
25.-26.
September 1993
Bottrop**

